



Bildungsministerin Dominique Hasler, Regierungschef Daniel Risch und Gesundheitsminister Manuel Frick hielten die 51. Corona-Presskonferenz der Regierung ab. (Foto: IKR)

Bundesrat hebt fast alle Massnahmen in einem Schritt auf

Normalisierung Am frühen Nachmittag kündigte der Schweizer Bundesrat wie erwartet das Ende der meisten Coronamassnahmen an - Das war auch für Liechtenstein massgebend.

Zertifikats- und Maskenpflicht, adieu: Der Bundesrat hat nach 23 Monaten Pandemie praktisch alle Coronaschutzmassnahmen aufgehoben. Ab Donnerstag braucht es kein Zertifikat und Maskentragen mehr für Besuche in Läden, Restaurants und Kulturbetrieben. Aufgehoben werden auch die Maskenpflicht am Arbeitsplatz, die Homeoffice-Empfehlung, die Bewilligungspflicht für Grossveranstaltungen und die Einschränkungen für private Treffen. Das entschied der Bundesrat am Mittwoch. Masken müssen einzig im öffentlichen Verkehr und in Gesundheitseinrichtungen noch getragen werden. Und positiv Getestete müssen sich bis Ende März weiterhin für fünf Tage isolieren.

Günstige Lage

Die epidemiologische Lage sei günstig und die Situation in den Spitälern stabil, sagte Bundespräsident Ignazio Cassis am Mittwoch vor den Medien in Bern. Der Trend zur Verbesserung dürfe sich mit dem herannahenden Frühling fortsetzen, sagte er. Auch Gesundheitsminister Alain Berset stellte fest, dass sich der Rhythmus verlangsame, trotz nach wie vor hoher Ansteckungszahlen. Berset und auch Cassis riefen zur Verantwortung und zum Respekt auf für jene, die sich nun individuell schützten, etwa mit Masken. «Das Virus wird nicht verschwinden», sagte Berset. Der Entscheid hat sich auch aufgrund der Antworten der Kantone auf die vom Bundesrat in Konsultation geschickten Vorschläge abgezeichnet. Uneins waren die Kantonsregierungen in der Frage, ob, wo und wie lange weiterhin eine Maskentragpflicht gelten sollte.



«Das Virus wird nicht verschwinden.»

ALAIN BERSET
SCHWEIZER GESUNDHEITSMINISTER

Der Bundesrat hat nun die Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr sowie in Gesundheitseinrichtungen aufrechterhalten, bis Ende März. «Es gilt, die Verletzlichen weiterhin zu schützen», sagte Berset.

Coronavirus bleibt Alltag

Erst per Ende März aufgehoben werden soll auch die «besondere Lage» gemäss Epidemiegesezt. Dann geht das Zepter zurück an die Kantone. Es steht den Kantonen allerdings frei, strengere Schutzmassnahmen anzuordnen. Etwa können sie weiterhin Zertifikate verlangen, möglich ist das auch für einzelne Betriebe. Bestehen bleiben auch die epidemiologischen Überwachungsmassnahmen. Der Bundesrat sei bereit und gesetzlich verpflichtet, zu handeln, sollte sich die epidemiologische Lage wieder verschlechtern, sagte Cassis dazu. Es sei gut möglich, dass irgendwann wieder Massnahmen nötig werden. Auch andere europäische Länder haben in den vergangenen Tagen ihren Ausstieg aus den Coronamassnahmen beschlossen respektive angekündigt. Von einem Schweizer Alleingang ist dieses Mal also keine Re-

de. Verschiedene Epidemiologen hatten in den vergangenen Wochen vor einem Trugschluss gewarnt: Das Ausrufen der Normalität heisse nicht, dass das Coronavirus einfach verschwinde. Es gehe nun aber darum, mit dem Virus zu leben. Die grossen Parteien begrüssten die Aufhebung der Massnahmen. Gleichzeitig fordern sie von Bund und Kantonen eine Aufarbeitung der Politik und eine bessere Vorbereitung auf künftige Wellen oder Pandemien. «Erleichtert» über das Aus für die Zertifikate äusserten sich die Schweizer Nachkulturunternehmen und Gastrosuisse. Die Aufhebung eines grossen Teils der Massnahmen sei «ein Sieg der Vernunft und des beharrlichen Drucks der Wirtschaft». Endlich sei der Bundesrat den Forderungen nachgekommen, teilte der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) mit. Der Verband öffentlicher Verkehr (VÖV) hingegen ist nicht erfreut über die Maskenpflicht im ÖV. Es werde nicht leicht sein, diese Ausnahmeregel durchzusetzen, sagte VÖV-Direktor Ueli Stückelberger. Der VÖV hätte sich gewünscht, dass die Massnahmen überall gleichzeitig aufgehoben worden wären.

Taskforce beendet ihren Einsatz

Die letzten Armeeangehörigen beenden ihren Coroneinsatz im Gesundheitswesen der Kantone am Samstag. Weitere kantonale Gesuche um den Assistenzdienst trafen nicht ein. Die Armee stand während der Covid-19-Pandemie bisher drei Mal im Einsatz. Auch die wissenschaftliche Taskforce beendet ihr Beratungsmandat - auf eigenen Wunsch - vorzeitig Ende März anstatt wie geplant Ende Mai. (sda)

Ab 22. Februar

Erleichterte Einreise nach Österreich

Derzeit braucht man für die Einreise nach Österreich einen Impf- oder Genesungsnachweis und zusätzlich ein negatives Testergebnis (2G+), ansonsten muss man in Quarantäne. Wer bereits einen «Booster» erhalten hat, muss keinen negativen Test vorlegen. Das gilt auch für Personen, die sowohl genesen als auch geimpft sind. Ausnahmen gibt es aber für Pendler, die zu beruflichen oder familiären Zwecken, zum Besuch des Lebenspartners oder zur Teilnahme am Schul- und Studienbetrieb nach Österreich einreisen: Für sie gilt 3G. Ab 22. Februar lockert Österreich diese Bestimmungen. Ab dann gilt für die Einrei-

se generell eine 3G-Regel. Ausgenommen sind neue Virusvarianten-Gebiete, die es derzeit aber ohnehin nicht gibt. Auch zurück geht es wieder leichter. Der Schweizer Bundesrat hob die 3G-Pflicht an der Grenze ebenfalls auf. Bei der Einreise nach Liechtenstein und die Schweiz braucht es also weder eine Impfung, eine Genesung noch einen negativen Test. Auch das Einreiseformular muss nicht mehr ausgefüllt werden. Für Grenzgebiete gab es bisher aber ohnehin Ausnahmen, darunter fielen auch Vorarlberg und Tirol. (df)



(Foto: Naemi Oehry)

Weite Lockerungen am 5. März

Österreich geht schrittweise vor

WIEN In Österreich werden die Coronamassnahmen ab dem 5. März umfangreich gelockert. Die weitgehenden Öffnungsschritte umfassen eine Aufhebung aller Zutritts-Regeln (2G/3G), das Ende der Sperrstunde und das Wieder-Aufsperrn der Nachtgastronomie. Wien geht aber wieder strenger vor und belässt 2G in der Gastronomie. Die Regierung verkündete die Lockerungen im Kanzleramt nach einer Bund-Länder-Gesprächsrunde unter Beteiligung der Gecko-Kommission. Ungeachtet der aktuell weiterhin hohen Neu-Infektionszahlen (38 000 Fälle am Mittwoch bei leicht sinkender Tendenz gegenüber den beiden Vorwochen) dürfen ab 5. März auch Ungeimpfte wieder sämtliche Bereiche betreten, die bisher von den Zutritts-Regelungen umfasst waren - und das dann ohne Test. Gastronomie, Hotellerie und Co. können damit künftig wieder von allen besucht werden - und zwar ohne jeglichen Nachweis. In höchst vulnerablen Bereichen (Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäuser) bleibt die 3G-Regel für Mitarbeiter und Besucher aber bestehen.

Beendet ist die Pandemie aber noch nicht, betonten sowohl Bundeskanzler Karl Nehammer wie auch Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein. Dies wird auch in der Öffentlichkeit sichtbar bleiben, denn die FFP2-Pflicht bleibt in einigen Bereichen bestehen: In öffentlichen Verkehrsmitteln und Haltestellen, im lebensnotwendigen Handel (Apotheken, Lebensmitteleinzelhandel, Banken, Postgeschäftsstellen etc.) ist weiterhin eine FFP2-Maske zu tragen, ebenso in Spitälern, Altenheimen und Krankenhäusern. Ansonsten gilt für geschlossene Räume eine «Empfehlung» zur FFP2-Maske.

Kleiner Schritt am Samstag

Aber bereits vor diesen grossen Schritten am 5. März wird schon am Samstag teilweise gelockert. Ungeimpfte dürfen bereits dann wieder Gastronomie und Co. besuchen - bis 5. März allerdings nur mit negativem Test. Denn bereits am 19. Februar endet wie geplant in ganz Österreich die 2G-Regel. Diese Umstellung aller 2G-Settings auf «3G» gilt neben der Gastronomie und Hotellerie unter anderem auch für die körpernahen Dienstleister, in Sportstätten und Seilbahnen sowie bei Veranstaltungen.

«Der Ausblick zeigt uns, dass wir vorsichtig und bedacht, aber mit Nachdruck Stück für Stück uns die Freiheit zurückholen, die uns das Virus genommen hat», sagte Bundeskanzler Nehammer. Gleichzeitig warnte er auch: «Wir haben die Pandemie noch nicht überwunden. Das Virus ist noch immer Teil unseres

Lebens.» Ähnlich äusserte sich auch Gesundheitsminister Mückstein: «Die aktuelle Lage scheint uns ein würdiges Frühlingserwachen aus dem eingefahrenen Krisenmodus zu ermöglichen. Wir können die Massnahmen Schritt für Schritt auf «Stand-by» schalten. Das heisst nicht, dass die Pandemie bereits vorbei ist. Diesen Fehler dürfen wir nicht erneut machen», erinnerte er daran, dass die Regierung bereits im Sommer 2021 die Pandemie für «gemeistert» erklärt hatte.

In Wien, wo in den letzten Monaten stets ein strengerer Weg als im Bund gegangen wurde, bleibt man vorerst beim strikteren Kurs. Neben 2G in der Gastronomie wird es dann auch nach der Öffnung der Nachtgastronomie ab 5. März in Wien Zutritt nur für Geimpfte und Genesene geben, gab Bürgermeister Michael Ludwig nach der Regierungs-Presskonferenz bekannt. Für die Nachtgastronomie stellte er sogar die Notwendigkeit eines zusätzlichen PCR-Tests («2Gplus») in den Raum. Und beim Einkauf wird in der Bundeshauptstadt auch nach dem 5. März abseits des lebensnotwendigen Handels eine FFP2-Maskenpflicht gelten.

Keine Abkehr gibt es seitens des Bundes von der Impfpflicht, man halte «selbstverständlich» daran fest, betonte Mückstein. Ob die ab Mitte März vorgesehenen Strafen aber tatsächlich umgesetzt werden, ist noch offen. Die im Impfpflicht-Gesetz vorgesehene Experten-Kommission, die die Umsetzung begleiten soll, werde gerade zusammengesetzt, erklärten dazu Nehammer und Mückstein. Sie soll vor dem 15. März eine Entscheidung über das weitere Vorgehen treffen.

Ende der Gratis-Tests?

Infrage gestellt wurde seitens der Regierung das breitflächige Gratis-Testen: «Viele Experten und Expertinnen raten auch beim Testen zu einem Paradigmenwechsel», sagte Mückstein. «Symptomfreie, geboosterte Menschen regelmässig zu testen macht wenig Sinn und kostet viel Geld.» Man werde auf Basis von Experten-Einschätzungen in diesem Bereich «nachscharfen», kündigte er an, ohne ein Datum zu nennen. Bis 31. März bleibe das Testen aber jedenfalls aufrecht und auch gratis. Das von einzelnen Gecko-Mitgliedern kritisierte Aus für die Maskenpflicht an allen Schulen ab 21. Februar (in Volksschulen schon seit 14. Februar) verteidigte Gecko-Kommissions-Leiterin Katharina Reich. Es gebe zu den an die Kommission gerichteten Fragen keine Abstimmung unter den Mitgliedern. «Fachfragen» würden vielmehr durch die jeweiligen «Fachgruppen» beantwortet, sagte sie. (red/apa)